



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Selbständige in der EU – Ihre wirtschaftliche und soziale Lage und was jetzt zu tun ist

Wie ist die Situation der Selbständigen und Kleinunternehmen, insbesondere nach zwei Jahren Corona-Pandemie? Am Freitag, den 28. Januar 2022 diskutierte der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung über „Selbständige in der EU – Ihre wirtschaftliche und soziale Lage und was jetzt zu tun ist“. Zu Gast waren:

Karin Schulze Buschoff, Hans-Böckler-Stiftung, die Studienergebnisse zum Thema vorstellt

Verena Hubertz, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Tobias Müllensiefen, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales

Ralph Weinbrecht, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)

Studie zu Selbständigen in der Corona-Krise

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut WSI der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichte im September 2021 eine Studie zu Selbständigen in der Corona-Krise. Basis sind die Daten der HSB-Erwerbspersonenbefragung, eine computergestützte Online-Umfrage, die etwa 6.000 Personen in allen fünf Wellen befragt hat. Der Anteil der Selbständigen wurde im Nachgang erhöht, sodass sich die Studie auf 1.350 selbstständige Personen bezieht. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass zu Beginn der Pandemie ein Einbruch der Arbeitszeit zu verzeichnen war. Dieser war am stärksten bei den Solo-Selbständigen (noch im Juli 2021 mit einem Durchschnittswert von 31,9 Stunden pro Woche). Insgesamt gibt etwa ein Drittel der Selbständigen an, die Tätigkeit reduziert zu haben. Davon gaben wiederum zwei Drittel an, dies infolge von gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der Corona-Pandemie getan zu haben. 13% konnten hingegen ihre Selbstständigkeit ausweiten. Insgesamt zeigte die Befragung bei vielen Selbständigen eine belastende finanzielle Situation seit Beginn der Krise, häufige Sorgen um die wirtschaftliche Existenz und weiterhin auch negative Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Einkommen. Die Einkommensverluste waren bei solo-selbstständigen Frauen außerdem häufiger zu finden als bei solo-selbstständigen Männern. Bei einem Drittel der Frauen lag das Einkommen im Juli 2021 bei unter 1.500 €.

Karin Schulze Buschoff leitete aus den Ergebnissen der Studien Empfehlungen ab: die Situation der Selbständigen hat sich durch die Corona-Pandemie verschärft und gezeigt, dass eine soziale Absicherung dringend notwendig sei. Eine der ersten Maßnahmen auf nationaler Ebene sollte daher die **Öffnung der Sozialversicherungen für Selbständige** sein. Auf europäischer Ebene sollte ein Recht auf **Tarifverhandlungen**

und Kollektivvereinbarungen festgeschrieben werden, das auch Plattformbeschäftigten zusteht.

Zur Situation in anderen Ländern und der EU

In Österreich besteht bereits seit 1998 eine Pflicht für alle Erwerbstätigen, auch Selbstständige, in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert zu sein. Ein Diskussionsgast aus Österreich merkt hingegen an, dass dafür die Situation von Selbstständigen bei der Kostenübernahme von Arztbesuchen in Österreich schlechter ist, da hier zugezahlt werden müsse. Die Debatte zeigte, dass Regelungen in anderen Ländern nur in manchen Punkten besser seien und man das Beste aus allen Ländern zusammenführen sollte.

„Es besteht ein gewisser Graubereich zwischen abhängiger und selbstständiger Arbeit“ – Tobias Müllensiefen

Tobias Müllensiefen gab zu bedenken, dass die soziale Absicherung nicht direkt in die Zuständigkeit der Europäischen Kommission falle. Gleichwohl beschäftige sie sich mit Regelungen zur Plattformökonomie. Gerade hier verschwimmen die Felder „abhängige Arbeit“ und „selbstständige Arbeit“ immer mehr miteinander. Ein Maßnahmenpaket der EU enthalte einen Richtlinienentwurf zur Verbesserung der Stellung von Beschäftigten bei Plattform-Unternehmen. Es werde davon ausgegangen, dass etwa 5,5 Millionen Personen falsch als Selbstständige eingestuft würden. Diese **Scheinselbstständigkeit** solle im Rahmen des Maßnahmenpakets angegangen werden. Ein weiterer Teil des Entwurfs sei, den Beschäftigten in der Plattformökonomie – angestellt oder selbstständig – mehr **Handhabe und Rechte im Umgang mit dem sog. algorithmischem Management** zu geben. Ziel ist mehr Transparenz bei der Auftragsvergabe.

Die Pläne im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sind einige Punkte aufgeführt, die die Selbstständigkeit betreffen. Zum Beispiel soll ein **erleichterter Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung** eingeführt werden. Es wird weiterhin geprüft werden, ob der Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung auch ohne Vorversicherungszeit möglich ist. Bei der **Krankenversicherung** soll eine Entlastung durch **einkommensbezogene Erhebung der Beiträge** erwirkt werden. Außerdem solle eine **Pflicht der Altersvorsorge mit Wahlfreiheit** eingeführt werden. Hier soll allen neuen Selbstständigen die Möglichkeit gegeben werden, entweder in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert zu sein oder im Rahmen eines unbürokratischen opt-out-Verfahrens ein anderes privates Vorsorgeprodukt zu wählen.

Dieser Passus wurde von Karin Schulze Buschoff kritisiert, da durch die selektive Versicherungspflicht (betrifft nur Neugründungen) der Wettbewerb verzerrt werde: So müssen nur Gründer:innen die Kosten der Versicherungsbeiträge in ihre Tätigkeit einkalkulieren und langjährig Selbstständige nicht. Weiterhin schlägt Karin Schulze Buschoff vor, dass alle im Rahmen einer Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sein müssten. Diese habe zum einen den Vorteil eines

breiten Leistungsspektrums (zum Beispiel Witwenrente, Reha-Maßnahmen oder Erwerbsminderungsrenten) und zum anderen würden Elemente des Solidarausgleichs realisiert, die in den meisten privaten Versicherungen nicht stattdänden. Weiterhin kritisierte Karin Schulze Buschoff das Risiko von Wertschwankungen bei privaten und freien Anlageformen.

Wortmeldungen aus dem Plenum zeigen, dass einige Selbstständige eine Vorsorge über einen privaten Fonds als geeigneter und ertragreicher empfinden. MdB Verena Hubertz schlägt in der Diskussion hier die Brücke und berichtet über die Idee eines **Staatsfonds** als eine neue zusätzliche Säule der Rentenversicherung, die attraktiver für Selbstständige sei.

„Wir haben viel zu lange verwaltet und nicht gestaltet“ – Verena Hubertz

MdB Verena Hubertz, die den Koalitionsvertrag mitverhandelt hat, sieht vor allem Stichworte wie **Planungsbeschleunigung, Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung** als maßgebend, um den Reformstau und die Trägheit im Land zu überwinden. Es muss bei der Diskussion der Selbstständigkeit unbedingt die große Heterogenität der Selbstständigen betrachtet werden: Von der gutverdienenden Softwareentwicklerin, der die Flexibilität wichtig ist, bis zum Gorilla-Lieferanten, der sozial unzureichend abgesichert ist, sind alle Facetten zu finden. „Die Art und Weise wie wir unsere Gesetze sehen ist noch in den 70er Jahren verankert“, führt sie weiter aus. Deswegen müssen die Gesetze an die neue Zeit, an die neuen Berufsbilder und die neue Art und Weise wie wir arbeiten, angepasst werden.

„Aufstieg durch Gründung – Wege gehen durch Selbstständigkeit“ – Verena Hubertz

Als Fazit für MdB Verena Hubertz bleibt, dass das sozial-liberale, was die Ampel-Koalition jetzt bietet, genau das ist, was wir brauchen. Die Selbstständigen und Kreativen im Land sind die **Motoren des Wandels** und sollen durch moderne und flexible Regelungen durch die Gesetzgebung abgesichert und in ihrer Heterogenität unterstützt werden.

Tobias Müllensiefen sieht die gesammelten Informationen über die soziale Absicherung in der Diskussion als Auftrag, diese mit in die Arbeit zur Plattformökonomie zu nehmen.

Ralph Weinbrecht schlägt vor, das Rad nicht neu zu erfinden, sondern die besten Lösungen von unseren europäischen Nachbarn zu übernehmen, zu integrieren und **perspektivisch EU-weite Regelungen zu schaffen**. Dem stimmt Karin Schulze Buschoff zu. Aus ihrer Sicht müsse die soziale Absicherung als Gesamtpaket betrachtet werden. Die Belastung für Selbstständige muss so sein, dass es sich am Ende noch lohnt einzuzahlen.